

Interpellation über die Gefahr von Politikunfähigkeit des Regierungsrates

eröffnet am 10. September 2001

Der Regierungsratsentscheid über die Taxen in den öffentlichen Spitälern wirft über das Grundsätzliche hinaus auch auf dem Feld der Realpolitik Fragen auf. Die Regierung schreibt in der Medienmitteilung, sie kritisiere mit ihrem Entscheid «die Rechtsprechung des Bundesrates und die Empfehlungspraxis des Preisüberwachers grundlegend».

Die Folgen dieser Provokation sind klar: eine neue Beschwerde der Krankensicherer an den Bundesrat. Das bedeutet, dass die Taxen auf dem bisherigen Niveau bleiben, bis der Bundesrat entschieden hat. Die realpolitischen Handlungsmöglichkeiten werden damit einer fundamentalistischen Oppositionshaltung geopfert. Immerhin hätten die Empfehlungen des Preisüberwachers einen zusätzlichen Mehrertrag von rund 3 Millionen Franken zugelassen. Nicht, dass das Grüne Bündnis überhaupt irgendeinem solchen Aufschlag rufen möchte. Der Regierungsrat aber schon, ja er will noch mehr: Er will offensichtlich die Krankenkassen bzw. die Prämienzählenden noch stärker belasten. Stattdessen bekommt er nun auch die 3 Millionen Franken nicht, die gemäss Preisüberwacher drin gewesen wären.

Die Regierung stellt sich mit ihrer Haltung diametral gegen Bundesinstanzen. Der Preisüberwacher hat dem Kanton aufgezeigt, in welchem Rahmen Taxaufschläge möglich sind. Der Bundesrat hat den Kanton Luzern in Taxentscheiden bereits mehr als einmal ins Unrecht gesetzt. Die Regierung wirkt verbohrt, wenn sie die realpolitischen Möglichkeiten schon wieder missachtet. Zudem haben wir damit auf allen Seiten viel Aufwand und für niemanden einen Ertrag. Eine neuerliche Niederlage der Regierung scheint programmiert. Wo bleibt die gerade von ihr so oft und so viel beschworene «Wirkungsorientierung»?

Derartiger Fundamentalismus ist zumindest unüblich und entspricht überhaupt nicht den freundeidgenössischen Gepflogenheiten. Die Regierung vergiftet das Klima zwischen den Bundes- und den kantonalen Instanzen. Der Kanton ist weder gesundheits- noch finanzpolitisch in der Lage, den «starken Hans» zu mimen. In weiten Kreisen inner- und ausserhalb des Kantons stossen denn auch diese Haltung und diese Politik auf krasses Unverständnis. Das gilt auch für die Unterzeichneten. Nach unserem Dafürhalten nimmt die Regierung damit die Interessen des Kantons nicht richtig wahr und läuft Gefahr, nicht (mehr) politikfähig zu sein.

Wir bitten die Regierung, in diesem Zusammenhang folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie begründet die Regierung ihren Verzicht auf 3 Millionen Franken Ertrag gemäss den Empfehlungen des Preisüberwachers?
2. Hat der Regierungsrat Indizien dafür, dass der Bundesrat in diesem Beschwerdefall anders als bisher entscheiden könnte?
3. Welche Massnahmen trifft der Regierungsrat, dass der Streit mit den Bundesbehörden nicht weiter eskaliert?

Adrian Borgula

Eva Zihlmann

Louis Schelbert

Paula Giger

Rosa Rumi

Peter Lerch

Gaby Müller